



Deutsche Justiz-Gewerkschaft
Landesverband Brandenburg e.V.

www.djg-brandenburg.de

Sabine Wenzel
Landesvorsitzende
15834 Rangsdorf, Goethestr. 28

Telefon d.: 0331- 866 3099

p.: 033708-21366

0172 - 6752239

wenzelsabine@t-online.de

05. April 2013

Deutsche Justiz-Gewerkschaft - 15806 Zossen, Marktplatz 9

An die Mitglieder der DJG

An die Abgeordneten des Landtages

An den Minister der Justiz

An den Minister der Finanzen

An die Medien

Stopp dem Personalabbau in der Justiz und Übernahme des Tarifergebnisses!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nun hat es die durch die Landesregierung hausgemachte Problematik **der Personaleinsparung im richterlichen und nichtrichterlichen Bereich und die überlange Verfahrensdauer** in Das Rechtsportal juris geschafft. (nachzulesen: juris. LG Potsdam, 7. Kleine Strafkammer vom 12.12.2012, Aktenzeichen: 27 Ns 66/11, Urteil).

In seiner Entscheidung zur Strafzumessung stellt die Kammer im o.g. Urteil fest, dass die Verzögerung des Termins im Wesentlichen bedingt wird durch

- die starke Belastung der Kammer und der daraus resultierenden weiten Terminstände
- den hohen Bestand an Verfahren als deutliche Folge von Personaleinsparungen
- die Veränderungen der Bedingungen zur Pensenberechnung Pebb§Y ohne entsprechende zeitnahe Anpassungen

Die Kammer zieht daraus den Schluss, dass (Zitat) „**Es scheint, dass die Justizverwaltung, insbesondere das Justizministerium des Landes Brandenburg, an den Belangen der Justiz vollkommen desinteressiert ist und sich lediglich dem Spardiktat des Finanzministers beugt. Soweit von der Justizverwaltung in diesem Zusammenhang auf die Personalbedarfsuntersuchung „Pebb§Y“ verwiesen wird, geht dieser Hinweis ...fehl: Die dieser Untersuchung zugrunde liegenden Bedingungen sind nicht mehr aktuell, da nicht nur die inzwischen erhöhten Anforderungen von Gesetz und obergerichtlicher Rechtsprechung zu einem erhöhten Aufwand und damit zu einem erhöhten Personalbedarf geführt haben.....“**...“Vor allem aber geht die Personalbedarfsuntersuchung „Pebb§Y“ davon aus, dass nennenswerte Rückstände durch entsprechenden Personalmehreinsatz kurzfristig beseitigt werden. Dies ist aber gerade in der Justiz des Landes Brandenburg nicht der Fall.“.....“..in der Justizverwaltung denkt man hingegen – nach dem, was man hört, wohl ernsthaft – über Personaleinsparungen im nichtrichterlichen Bereich nach. Derartige grundlegende politische Fehlsteuerungen schaden der Funktionsfähigkeit und dem Ansehen der Justiz ebenso, wie dem Vertrauen der Bevölkerung in die Unverbrüchlichkeit des Rechts und den Schutz durch die Rechtsordnung vor kriminellen Angriffen; sie können der Angeklagten nun wirklich nicht angelastet werden.“

Klarer und deutlicher kann die Personalsituation in der Justiz unseres Landes nicht beschrieben werden.

Die Kammer geht jedoch noch einen Schritt weiter und folgert:

(Zitat)“Wie wenig ernst es der Justizverwaltung des Landes Brandenburg mit der Fürsorge für die Justiz ist, zeigt sich auch an der Beschäftigung des nichtrichterlichen Personals. Trotz vollmundiger Absichtserklärungen der politischen Entscheidungsträger werden auch weiterhin nicht genügend Justizfachangestellte ausgebildet und eingestellt. Der bestehende Mangel wird vielmehr notdürftig mit Kräften gestopft, die auf der Grundlage befristeter Verträge angestellt werden und die – weil andere Kräfte nicht verfügbar sind – oftmals nicht über die von § 153 Abs 2. GVG vorausgesetzte Ausbildung verfügen und – da die Personalsituation knapp ist, nicht einmal ordnungsgemäß eingearbeitet werden können; im Landgericht Potsdam liegt der Anteil solcher befristet eingestellter Kräfte bereits bei etwa 20 Prozent. Innerhalb der letzten fast zehn Jahre hat der Vorsitzende der Berufungskammer bereits zwölf Geschäftsstellenbedienstete erlebt.“

Dass die Justiz keine Verwaltung im üblichen Sinne, sondern die Dritte Gewalt im Staate ist, hat sich offensichtlich bis zu unseren politisch Verantwortlichen noch nicht herumgesprochen. Anders ist nicht zu verstehen, dass die seit Jahren verantwortungslose und nicht an den Aufgaben orientierte Personalabbaupolitik betrieben und an ihr festgehalten wird.

Statt darüber nachzudenken, wie weiterhin Personalabbau erfolgen kann, sollten die Aufgabenstellungen kritischen Prüfungen und Reformen unterzogen werden. Da sind vielfältige und sinnvolle Möglichkeiten sehr offenkundig und auch bereits –leider erfolglos – vorgetragen worden.

Wir fordern die Abgeordneten des Landtages auf, die Personalabbaupolitik in der Justiz zu stoppen!

Wie die Landesregierung Brandenburg und die sie tragende Parteien die Tätigkeiten ihrer Beamtinnen und Beamten wertschätzen, belegt im Übrigen auch die zögerliche Erklärung zur Übernahme des Tarifergebnisses 2013.

Wir fordern die zeitnahe 1:1 Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten, Richter und Staatsanwälte sowie die Wiederaufnahme der Zahlung von Weihnachtsgeld!

Mit freundlichen Grüßen



Sabine Wenzel
Landesvorsitzende